



Bei uns in London

Von Bankern und Mäzenen

Von Andreas Oldag

Londons Bürgermeister Boris Johnson gilt als Freund der Banker und Broker. Kaum einen Empfang lässt das Stadtoberhaupt aus, um sich im Londoner Finanzviertel in Szene zu setzen. Dann preist er den großartigen Geschäftssinn der hochbezahlten Geldmanager. Kein Wunder, dass Johnson von den diversen Regulierungsversuchen der EU-Kommission, aber auch des G-20-Gipfels der wichtigen Industrie- und Schwellenländer, der derzeit im amerikanischen Pittsburgh stattfindet, nicht viel hält. Als eine Art Cheflobbyist verteidigt Johnson Europas größten Finanzplatz London. Schließlich geht es um millionenschwere Steuereinnahmen, welche die Finanzbranche der Themse-Metropole beschert.

Doch der Bürgermeister hat dabei auch das Prinzip „eine Hand wäscht die andere“ im Sinn. So ermahnte er jetzt die Banker, mehr für die Kunst in London zu spenden. „Kunst und Kultur sind kein Luxus. Sie gehören zur DNA der City“, erklärte Johnson. Offenbar geht es dem Bürgermeister um eine Art Recycling der Bonuszahlungen: Die millionenschweren Prämien sollen dem Allgemeinwohl der Stadt zugute kommen.

Und wer kann dagegen noch moralische Einwände haben? Vielleicht ist Johnsons Ansatz sogar weitaus effizienter, als durch bürokratische Regeln die Höhe der Bonuszahlungen zu beschneiden. Es ist allerdings nicht bekannt, dass die Vorschläge Londoner Bürgermeisters bei den Beratungen der Staats- und Regierungschefs in Pittsburgh ein Thema sind. Die Kulturszene ist dem Bürgermeister für seinen Einsatz dankbar. Schließlich hat sie auch unter den Folgen der Wirtschaftskrise zu leiden. So soll sich die Summe privater Sponsoringelder, die 2007 noch 686 Millionen Pfund (etwa 795 Millionen Euro) betrug, im vergangenen Jahr bereits um sieben Prozent verringert haben. Dabei hängen in London etwa 500 000 Jobs vom Kunst- und Kulturbereich ab. Kaum eine andere europäische Metropole hat so viele Museen, Theater und Kunstgalerien zu bieten wie London.

Johnson erinnerte indes an das große Vorbild der Medici aus dem 15. Jahrhundert in Italien: Die berühmte Bankiersfamilie habe das moderne Bankgeschäft eingeführt. Doch sie sei in die Historie vor allem auch wegen ihrer Förderung der italienischen Renaissance-Kunst eingegangen, so der Bürgermeister. Londons Banker können sich also noch einiges vornehmen, um sich einen Platz in den Geschichtsbüchern zu sichern.

Mittwoch-Lotto

6 aus 49 (23. September)

Lottozahlen: 3 - 4 - 23 - 30 - 43 - 44

Zusatzzahl: 27, Superzahl: 6

1. Rang (6 Treffer und Superzahl) 31 735.307,00 Euro, 2. Rang (6 Treffer) 497.527,80 Euro, 3. Rang (5 Treffer mit Zusatzzahl) 70 215,60 Euro, 4. Rang (5 Treffer) 3927,30 Euro, 5. Rang (4 Treffer mit Zusatzzahl) 241,20 Euro, 6. Rang (4 Treffer) 53,10 Euro, 7. Rang (3 Treffer mit Zusatzzahl) 26,50 Euro, 8. Rang (3 Treffer) 11,60 Euro.

Spiel 77: 1 599 688

Gewinnklasse 1 (Super 7): unbesetzt, im Jackpot 2 048 346,10 Euro, Gewinnklasse 2: 70 000,00 Euro, Gewinnklasse 3: 7000,00 Euro, Gewinnklasse 4: 700,00 Euro, Gewinnklasse 5: 70,00 Euro, Gewinnklasse 6: 7,00 Euro, Gewinnklasse 7: 2,50 Euro.

Super 6: 9 463 10 (Ohne Gewähr)

„Vielleicht muss man über einen höheren Rentenbeitrag reden“

Die oberste Seniorenlobbyistin Ulrike Mascher darüber, warum die Jungen mehr für die Alten zahlen sollen und wie 20 Millionen Ruheständler die Politik beeinflussen

Ulrike Mascher, 70, weiße Haare, ein freundliches Lächeln, könnte eine nette Oma abgeben: Doch die Präsidentin des Sozialverbandes VdK, der mit 1,4 Millionen Mitgliedern größten Rentnervereinigung der Republik, kann sehr bestimmt auftreten. Die frühere SPD-Politikerin bekämpft heute Reformen, die sie zum Teil damals als Staatssekretärin der rot-grünen Bundesregierung selbst auf den Weg brachte. Ein Gespräch über das Verhältnis von Alten und Jungen.

SZ: Frau Mascher, reden wir über Geld. Ex-Bundespräsident Herzog hat vor einer „Rentnerdemokratie“ gewarnt. In einer Gesellschaft, die immer älter wird, sieht er die Gefahr, dass die Rentner die wirtschaftlichen Ressourcen zu ihren Gunsten umverteilen. Jetzt können Sie sich mal loben: Wie weit sind Sie mit der Umverteilung vorangekommen?

Mascher: Ich will mich nicht selbst loben. Dass eine egozentrische Machtübernahme durch die Rentner stattfindet, halte ich für unwahrscheinlich. Es gibt keinen Block von Rentnern mit denselben politischen Ansichten. Außerdem sind unsere Ruheständler meist Großeltern und Eltern und haben deshalb sehr wohl auch die Interessen ihrer Kinder und Enkel im Blick.

SZ: Aber bei der Bundestagswahl ist doch für keine Volkspartei gegen den Willen der Älteren viel zu gewinnen.

Mascher: Der Ausgang der Wahl ist nicht von der alten Generation alleine abhängig. Aber die Älteren gehen viel zuverlässiger zur Wahl als die Jungen. Insofern schauen die Parteien schon auf uns.

SZ: Sie machen sich kleiner, als Sie sind! Jeder dritte Stimmberechtigte ist älter als 60. Deshalb versprechen die Volksparteien den Ruheständlern das Blaue vom Himmel, wie etwa mit der Garantie, die Renten niemals zu kürzen.

Mascher: Sie übertreiben maßlos. Es gibt allerdings schon Dinge, bei denen wir vielleicht den entscheidenden Kick gegeben haben.

SZ: Zum Beispiel?**Mascher:** Na, bei der Rentengarantie.

SZ: Und darauf sind Sie auch noch stolz? Bundesfinanzminister Peer Steinbrück sagt: Die Geknickenen seien dabei die „25- und bis 35-Jährigen, die Kinder in die Welt setzen wollen“.

Mascher: Diese Aussagen nach dem Motto, die wohlhabenden Alten fressen ihren Kindern die Haare vom Kopf, halte ich für groben Unfug. Die Jüngeren sind dann geknickt, wenn man den Rentnern immer weiter das Altersgeld schmälert. Denn alles, was die Politiker bei den heutigen Rentnern dämpfen oder kürzen, wird auch den Jüngeren später fehlen.

SZ: Im deutschen Rentensystem galt bislang ein ehernes Gesetz: Die Ruheständler sollen weniger bekommen, wenn die Arbeitnehmer weniger bekommen. Das wurde mit der Garantie ausgehebelt, weil die Volksparteien den Rentnern ein Wahlgeschenk machen wollten.

Mascher: Das ist kein Geschenk, sondern in Wirklichkeit eine Mogelpackung.

SZ: Eine Mogelpackung?

Mascher: Ja, weil die Rentner das schön verpackte Geschenk demnächst wieder zurückgeben müssen. Denn die eigentlich fälligen Rentnerkürzungen, die wegen der Garantie unterblieben sind, sollen von 2011 an mit später fälligen Erhöhungen verrechnet werden.

SZ: Das zeigt nur, dass sich die große Koalition das Geschenk gleich hätte sparen können.

Mascher: Die Frage ist doch, wie wir

Reden wir über Geld mit Ulrike Mascher

damit umgehen, dass wegen der stärkeren Förderung der Kurzarbeit die Löhne insgesamt schrumpfen und dies nicht zu Lasten der Rentner geht. Insofern ist die Garantie für uns ein kleiner Erfolg. Gerade für diejenigen, die eine Mini-Rente erhalten, ist es wichtig, dass ihr Altersgeld zumindest stabil bleibt.

SZ: Sie haben selbst einmal gesagt, dass bei Rentnererhöhungen ohnehin nur eine Tasse Kaffee und ein Stück Kuchen herauspringt. Bei einer Kürzung gibt es dann eben ein Stück Kuchen und eine Tasse Kaffee weniger. Was soll daran so schlimm sein?

Mascher: Gerade unter den Frauen gibt es viele, die mit jedem Euro rechnen müssen. Bei einer Rente von weniger als 500 Euro bedeuten zehn Euro schon etwas, das sind dann womöglich drei Tassen Kaffee im Monat weniger.

„Die Vorstellung, die meisten Rentner lebten in Saus und Braus, ist einfach falsch.“

SZ: Steinbrück sagt: „Der jetzigen Rentnergeneration geht es insgesamt so gut wie niemals einer zuvor.“

Mascher: Es gibt nicht die Rentnergeneration. Es gibt Arme und Reiche, und es gibt eben auch viele ältere Frauen, die nach dem Tod ihres Partners oder einer Scheidung alleine von ihrer Rente leben müssen oder vielleicht noch eine kleine Witwenrente dazu haben. Und denen geht es nicht so gut.

SZ: Das scheint eine kleine Minderheit zu sein. Nur 2,4 Prozent der Rentner sind auf die staatliche Grundsicherung angewiesen. Da kann das Schlagwort von der Mallorca-Generation doch nicht so falsch sein.

Mascher: Der Prozentsatz derer über 65, die auf Urlaubsinseln, Kreuzfahrtschiffen und Golfplätzen zu finden sind, ist sehr gering. Das sind doch Klischees.

SZ: Sie pflegen stattdessen das Klischee von armen Frauen, die am Monatsende entscheiden müssen, ob sie ein Pfund Apfel oder Medikamente kaufen.

Mascher: Vergessen wir die Klischees! Ganz grob geschätzt könnte man sagen: Einem Drittel der Menschen über 65 Jahren geht es materiell richtig gut, weil sie zum Beispiel eine Betriebsrente oder Kapitaleinkünfte beziehen. Einem mittleren Drittel geht es ordentlich. Und das letzte Drittel befindet sich in einer Grauzone. Hier beginnt das Armutrisiko, und hier gibt es eine Dunkelziffer.

SZ: Wie kommen Sie darauf?

Mascher: Gerade ältere Frauen versuchen lieber, über die Runden zu kommen, als Grundsicherung zu beantragen. Die verbinden das mit Sozialhilfe und Fürsorge, und damit wollen sie nichts zu tun haben, zumal sie glauben, die Behörden würden dann ihre Kinder heranziehen. Aber das ist bei der Grundsicherung ja gerade nicht so. Die Vorstellung, die meisten Rentner lebten in Saus und Braus, ist einfach falsch. Und in Zukunft wird dies erst recht nicht der Fall sein.

SZ: Sie befürchten eine Gesellschaft, in der die Altersarmut grassiert?

Mascher: Ich fürchte, dass die Grundsicherung in Anspruch nehmen, ist zuletzt dramatisch gestiegen. Und das wird so weitergehen.

SZ: Malen Sie nicht wieder schwarz?

Mascher: Nein, überhaupt nicht. Erstens gibt es die Langzeitarbeitslosen, die kaum Rentenansprüche erwerben. Wer ein Jahr Hartz IV bezieht, erhöht damit seine Rentenansprüche um gerade einmal 2,17 Euro. Zweitens hat die Zahl der

Niedriglöhner drastisch zugenommen. Wenn ihnen der Lohn heute schon nicht reicht, werden sie auch eine Rente erhalten, von der sie nicht leben können.

SZ: Das ist aber noch lange kein Grund, eine Gruppe der Bevölkerung von Kürzungen zu verschonen. Arbeitnehmer müssen seit Jahren sinkende Reallöhne verkraften. Warum soll es den Rentnern besser gehen?

Mascher: Die Rentner waren von dieser negativen Entwicklung doch gar nicht abgekoppelt. Wir hatten 2004, 2005 und 2006 jeweils Nullrunden. Danach gab es bis 2008 minimale Erhöhungen. Wegen der Inflation haben die Rentner in dieser Zeit einen Kaufkraftverlust von 8,5 Prozent erlitten.

SZ: Deshalb wollen Sie mehr Geld. Der VdK ist zum Beispiel für eine höhere Rente für Geringverdienende, für Hartz-IV-Bezieher und für Arbeitslose ab 55. Ach ja, und die Rente mit 67 soll auch weg. Warum fordern Sie nicht gleich das Schlaraffenland für Ruheständler?

Mascher: Das tue ich ja gar nicht. Aber die Rentenversicherung gerät in eine Legitimationskrise, wenn wir so weitermachen. Wer 30 Jahre ein Durchschnittseinkommen hat und in die Rentenversicherung einzahlt, erreicht gerade den Betrag, den er von der Grundsicherung bekommen würde. Es ist höchste Zeit, darüber zu diskutieren, was uns eine zuverlässige armutsfeste Rente wert ist.

SZ: Diese Diskussion würde dazu führen, dass der Beitragssatz von um die 20 Prozent wieder in Frage gestellt wird - auf Kosten der jüngeren Generation, die dann höhere Beiträge zahlen soll.

Mascher: Ich will keine 26 Prozent, das ist klar. Aber für mich sind die 20 Prozent auch nicht eingemauert. Vielleicht muss man über 21 oder 22 Prozent reden.

SZ: Abgesehen davon, dass dies Arbeitnehmer und Arbeitgeber belastet, wird das kaum reichen, um all das zu finanzieren, was Ihr Verband fordert. Wo sollen die Milliarden für Ihre armutsfeste Rentenversicherung herkommen?

Mascher: Wir müssen die Einnahmenseite stärken. Wir brauchen zum Beispiel eine Transaktionssteuer für Wertpapiergeschäfte. Wir müssen die Steuerflucht ins Ausland stärker bekämpfen. Wir sollten mehr Steuerprüfer einstellen und über eine neue Form der Vermögensteuer nachdenken. Es geht nicht um die Verteilung zwischen reichen Alten und armen Jungen, sondern zwischen Armen und Reichen. Und zwischen denen geht die Schere immer weiter auseinander.

SZ: Bei der Rente steht bald der nächste Verteilungskampf an. Von 2011 an werden mehrere Rechenfaktoren eingeführt, die das Niveau dämpfen. Planen Sie schon den Aufstand der Alten?

Mascher: Was heißt hier Aufstand? Wenn die nächste Bundesregierung die Pläne umsetzt, fürchte ich ein Jahrzehnt

„Die Menschen, die demnächst in den Ruhestand gehen, sind durchaus Demo-erfahren.“

der Nullrunden für unsere Rentner. Klar werden wir dagegen protestieren.

SZ: Dann könnte es also eine Rentner-Demo am Brandenburger Tor geben?

Mascher: Warum nicht? Der VdK hat bereits 2004 rund 30 000 Rentner für eine Demonstration in München mobilisiert. Im Übrigen: Die Menschen, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen, sind durchaus Demo-erfahren.

SZ: Die jüngere Generation müsste demotrieren. Die heute 30-Jährigen drücken mit ihrem Arbeitgeber Beiträge von 19,9 Prozent ab und werden im Alter weniger als 45 Prozent eines Durchschnittsverdieners haben. Die ältere Generation hat weniger bezahlt und bekommt mehr heraus. Das ist doch nicht gerecht.

Mascher: Mich nervt das ziemlich, wenn das Schlagwort von der Generationengerechtigkeit immer auf die Rente bezogen wird. Das hat sich zu einem Totschlagargument entwickelt, um jede Debatte über die Verteilung der Lasten im Keim zu ersticken. Machen Sie mal die Gegenrechnung auf: Etwa jede Dritte zwischen 70 und 85 Jahren greift zum Beispiel regelmäßig Kindern und Enkeln finanziell unter die Arme.

SZ: Das Wort Generationengerechtigkeit nimmt doch kaum ein Politiker in den Mund, aus Angst vor Lobbyisten wie dem VdK. Der 29-jährige CDU-Bundestagsabgeordnete Jens Spahn hat 4000 Schmähchriften erhalten, nur weil er die außerplanmäßige hohe Rentenerhöhung in diesem Jahr kritisiert hat. Selbst Leute in der Union nennen ihn nun „Fluchwischer“ oder „Hosenscheißer“.

Mascher: Ich will das nicht verteidigen. Aber das hat damit zu tun, dass viele alte Menschen das Gefühl haben, ihre Lebensleistung werde abgewertet. Die sagen sich: Wir haben ein Leben lang geschuftet und Beiträge eingezahlt, und da kommt so ein junger Hüpfen und will uns das Geld wegnehmen. Hinzu kommt die Vorstellung, dass es in der Rentenkasse früher mal einen Goldschatz gegeben hat, der bei der Deutschen Einheit geplündert wurde. Und jetzt will schon wieder einer an das Geld der Rentner. Es ist nur leider so: In der Kasse hat es nie einen Goldschatz gegeben.

Interview: Thomas Öchsner

Krankengeld jetzt sichern

Warum Selbständige und Freiberufler bis Ende September handeln sollten

Von Marco Völklein

München – Selbständige und Freiberufler aufgepasst: Wer sich freiwillig in einer gesetzlichen Krankenkasse versichert hat, hatte zuletzt oft keinen Anspruch auf Krankengeld. Das hat sich seit dem 1. August 2009 geändert – um den Anspruch aber rückwirkend geltend zu machen, bleiben nur noch wenige Tage Zeit. Genauer gesagt: Bis zum 30. September 2009 muss die Erklärung bei der Krankenkasse sein, damit der Schutz rückwirkend greift. Das Thema ist etwas sperrig und kompliziert – aber wichtig. Deshalb hier die von Betroffenen häufig gestellten Fragen und Antworten:

Was genau ist Krankengeld?

Bei festangestellten Arbeitnehmern läuft es so: Melden sie sich für längere Zeit krank, läuft zunächst einmal sechs Wochen lang das Gehalt vom Chef weiter. Dauert die Krankheit länger, springt die Krankenkasse ein und zahlt das Krankengeld. Das beträgt in der Regel 70 Prozent des bisherigen Bruttogehalts, aber nicht mehr als 90 Prozent des letzten Nettoeinkommens. Bei Selbständigen ist die Berechnung noch etwas komplizierter. Ohnehin hatten Selbständige in der Zeit vom 1. Januar 2009 bis 31. Juli 2009 gar keinen gesetzlichen Anspruch auf Krankengeld. Sie konnten lediglich eine private Zusatzversicherung abschließen oder sich für einen Wahltarif bei der Krankenkasse entscheiden. Nach Protesten hat der Gesetzgeber diese Regelung zum 1. August 2009 erneut geändert – was die Sache noch etwas komplizierter macht.

Wie sieht die Regelung derzeit aus? Wer sich als Selbständiger für eine gesetzliche Krankenkasse entscheidet,

kann wählen: Er kann sich erstens für das „gesetzliche Krankengeld“ entscheiden. Dazu zahlt er den allgemeinen Beitragssatz in Höhe von 14,9 Prozent statt den ermäßigten Satz von 14,3 Prozent – und erhält ab der siebten Woche Krankengeld. Oder er kann sich zweitens für einen Wahltarif bei seiner Krankenkasse entscheiden; der enthält oft neben dem Krankengeld noch andere Leistungen, etwa einen Anspruch bereits ab der zweiten oder dritten Woche. Oder er kann drittens eine Zusatzversicherung bei einem privaten Anbieter abschließen. „In den meisten Fällen ist es günstiger, das gesetzliche Krankengeld zu wählen“, rät Dörte Ellß, Gesundheitsexpertin bei der Verbraucherzentrale Berlin. Vor allem wegen des günstigen Beitragssatzes – „und auch weil Alter, Geschlecht und mögliche Vorerkrankungen keine Rolle spielen“, sagt sie.

Warum müssen viele Selbständige jetzt handeln?

Das hat mit einer Übergangsregelung zu tun: Wer sich bis zum 30. September für das gesetzliche Krankengeld entscheidet, sichert sich diesen Anspruch rückwirkend zum 1. August 2009 – „und zwar nahtlos“, sagt Gesundheitsexpertin Ellß. „Danach ist das nur noch mit Wirkung für die Zukunft möglich.“ Zudem gilt: Alle Wahltarife, die vom 1. Januar 2009 an als Zwischenlösung bei den Kassen abgeschlossen wurden, endeten automatisch Ende Juli – um den Abschluss einer neuen Absicherung nicht zu vergessen und den Schutz nahtlos zu sichern, sollten die Versicherten also ebenfalls aktiv werden, rät Ellß. Auch die neuen Wahltarife könnten übrigens noch bis zum 30. September mit Wirkung zum 1. August abgeschlossen werden.

Was ist noch zu beachten?

Wichtig sind die Bindungsfristen: Wer sich für das gesetzliche Krankengeld entscheidet, muss sich im Klaren sein, dass diese Entscheidung für mindestens drei Jahre gilt. Er zahlt also mindestens für diesen Zeitraum den allgemeinen Beitragssatz von derzeit 14,9 Prozent. Aber: Sollte die Kasse zum Beispiel einen Zusatzbeitrag erheben, hat der Versicherte immer noch die Möglichkeit, die Kasse zu wechseln. Das ist beim Abschluss eines Wahltarifs nicht möglich, weiß Ellß: „Mit der Entscheidung für einen Wahltarif geht der Versicherte nicht nur eine dreijährige Bindung an den Tarif ein, sondern auch an die Kasse.“ Fachleute erwarten, dass einige Kassen nach der Bundestagswahl Zusatzbeiträge erheben werden – dann kann der Wahltarif-Versicherte nicht einfach die Kasse wechseln. Er ist für drei Jahre an die Kasse gefesselt.

Versicherten drohen zusätzliche Kosten

Fachleute rechnen mit Extraprämien bei vielen Krankenkassen. Fusionen sollen das verhindern

Von Miriam Olbrisch

München – Jetzt ist es beschlossene Sache: Die Superkasse kommt. Die Gmünder und die Barmer Ersatzkasse schließen sich zu Deutschlands größter Krankenkasse zusammen. 8,5 Millionen Menschen werden zukünftig dort versichert sein. Ändern wird sich für die Kunden erst einmal nicht viel. „Die Beiträge sind ja durch den Gesundheitsfonds festgelegt“, erklärt Susanne Mauersberg, Referentin für Gesundheitspolitik beim Bundesverband der Verbraucherzentralen. Derzeit liegt der Satz bei 14,9 Prozent des Bruttolohns. Das Geld fließt in den Gesundheitsfonds und wird dann auf die Krankenkassen verteilt.

Kommt die Kasse mit dem zugewiesenen Betrag nicht aus, kann sie Zusatzbeiträge von ihren Kunden fordern. In diesem Fall steht den Versicherten ein Son-

derkündigungsrecht zu. Als erste Krankenkasse hat die Gemeinsame Betriebskrankenkasse Köln im Juli einen solchen Beitrag in Höhe von acht Euro monatlich eingeführt. Auch bei der Gmünder Ersatzkasse wäre dieser Schritt notwendig geworden. Durch die Fusion wird er überflüssig. Experten rechnen schon bald flächendeckend mit Extraprämien. „Im Herbst muss die Bundesregierung Entscheidungen treffen“, sagt etwa der Essener Gesundheitsökonom Jürgen Wasem.

Die Verbindung der beiden Ersatzkassen ist wohl nur der Anfang. „Wir werden in nächster Zeit sicher noch eine ganze Reihe von Zusammenschlüssen erleben“, sagt Joschka Pimpertz, Gesundheitsexperte beim Institut der deutschen Wirtschaft. Das geschehe aus zwei Gründen: Zum einen ist eine Fusion mit einer anderen Kasse gesetzlich zwingend vorgeschrieben, wenn ein Versicherter droht, in die Insolvenz zu rutschen. Zum anderen sichern Fusionen die Marktmacht.

„Eine große Kasse hat bei Verhandlungen mit Leistungsanbietern eine starke Position“, sagt Pimpertz. „Es ist leichter, Rabattverträge abzuschließen.“ Dadurch ließen sich große Einsparungen erzielen. Derzeit gibt es auf dem deutschen Markt knapp 150 Krankenkassen. „Ob am Ende drei oder vier große übrig bleiben, oder ob es eher fünfzig sind, kann man aber noch nicht sagen.“

Spannend wird es, wenn eine Kasse, die bereits Zusatzbeiträge erhebt, mit einer anderen zusammengeht, die bis dato ohne auskommt. So einen Fall gibt es zwar bisher nicht, möglich ist er aber durchaus. „Dann kann es gut sein, dass beide Kassen durch die Einsparungen auf Zusatzbeiträge verzichten können“, sagt Verbraucherzentralen-Referentin Mauersberg. Das andere Extrem

wäre, wenn die Versicherten beider Kassen zahlen müssten, um mögliche Verluste der beinahe-insolventen aufzufangen. „Wenn sich früher zwei Kassen mit unterschiedlich hohen Beiträgen zusammengeslossen haben, gab es ein Sonderkündigungsrecht für diejenigen Versicherten, die nach der Fusion mehr zahlen mussten als vorher“, sagt Dörte Ellß, Juristin und Versicherungsexpertin bei der Verbraucherzentrale Berlin. Dies musste aber erst gerichtlich entschieden werden.

„Wird es diesmal durch die Zusatzbeiträge teurer, müsste man sich auf diese Urteile beziehen.“ Problematisch könnte es bei den Wahltarifen wie Kostenerstattungs- und Bonusprogrammen werden, womit die Krankenkassen ihre Versicherten an sich binden. In diesen Fällen ist während der Laufzeit ein Sonderkündigungsrecht ausgeschlossen. „Wie es weitergeht, wenn die neue Kasse beispielsweise den alten Tarif gar nicht anbietet, kann man noch nicht absehen“, sagt Ellß.

Der Gesundheitsfonds und die damit einhergehenden Fusionen könnten aber auch noch einen anderen Effekt mit sich bringen: Spezialisierungen auf bestimmte Bevölkerungsgruppen oder Krankheitsbilder. Wenn sich beispielsweise durch eine Fusion Einsparungen ergeben, können die Krankenkassen das Geld in zusätzliche Leistungen investieren. „Das können Kurse zur Prävention sein oder auch psychologische Coachings, wie Patienten mit ihrer Krankheit besser umgehen können“, sagt Susanne Mauersberg vom Bundesverband der Verbraucherzentralen. Wenn die Kassen gut wirtschaften, können sie die Überschüsse auch an die Versicherten ausschütten. Die Handelskrankenkasse (hkk) zahlt ihren Kunden als erste Kasse eine Prämie: 60 Euro im Jahr. (Seite 4)



Auf Patienten kommen bald einige Änderungen zu. Foto: Bildagentur-online